

waren diese Hilfen nur, weil es in allen Städten Mitarbeiter von Kirche und Caritas gab, die trotz der monatelangen Kämpfe ausgeharrt hatten und nun die Verteilung der Hilfsgüter organisieren konnten. Deshalb werden auch Nahrungsmittel der Vereinten Nationen über die Caritas verteilt.

Über die Caritas-Luftbrücke konnten bis Jahresende 1993 rund 2700 Tonnen Hilfsgüter in die Notgebiete gebracht werden, wo sie rund 600 000 Menschen erreichen. Dies ist nach dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen in Angola die wichtigste Versorgungsschiene ins Hinterland. Finanziert wird das Hilfsprogramm aus Mitteln europäischer Caritasverbände. Mitte November 1993 riefen die katholischen Bischöfe die Kriegsparteien erneut auf, durch einen Waffenstillstand bessere Bedingungen für humanitäre Hilfe zu schaffen. In der Tat wären sichere Landkorridore das beste Mittel, um noch mehr Hungertote zu verhindern. „Das Übel Angolas ist, daß es reich ist“, stellen die Bischöfe in ihrem Hirtenwort zutreffend fest.

Würden nicht sowohl die MPLA mit reichen Erdölvorkommen im Norden als auch die UNITA mit Diamantenminen im Osten über *nicht versiegende Finanzierungsquellen* verfügen, hätte das Blutvergießen vielleicht schon längst ein Ende gefunden. Der unversöhnliche Haß der beteiligten Bevölkerungsgruppen und die weitverbreitete Korruption werden von den Bischöfen als die Wurzeln des angolanischen Dramas gegeißelt. Der Respekt, den beide Parteien in jüngster Zeit der katholischen Kirche entgegenbringen, beweist, daß diese zunehmend zu einer übergreifenden moralischen Autorität herangewachsen ist. Für einen zukünftigen Friedensprozeß kann ihr eine wichtige Rolle zufallen.

Die neuere Geschichte Angolas ist eine Geschichte vertaner

Chancen. Den jahrelangen Niedergang des Landes nur der Unfähigkeit der angolanischen Politiker zuzuschreiben, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Über eineinhalb Jahrzehnte hinweg wurde einer der blutigsten Kriege der Welt mit tatkräftiger Unterstützung aus Ost und West gefördert. Spät, vielleicht zu spät wurden richtige Signale gesetzt wie die UN-Sanktionen gegen die UNITA nach ihrem Wahlboykott oder die Anerkennung der MPLA-Regierung im Mai 1993 durch die USA. Heute haben die Angolaner ihr Schicksal selbst in der Hand. Wie auch die jüngsten Waffenstillstandsverhandlungen zeigten, gibt es bei der Suche nach Frieden mehr Fragen als Antworten. Wie läßt sich die junge Mehrheit der Bevölkerung, die ihr ganzes Leben nur Haß und Gewalt gesehen hat, in die Gesellschaft integrieren? Wo sollen die schätzungsweise drei Millionen Flüchtlinge eine neue Zukunft finden?

Längst geht es in Angola nicht mehr einfach um die Anerkennung der Wahlen durch die UNITA. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben mühsam aufgebautes Vertrauen zerstört, abermals einen tiefen Keil in das angolanische Volk getrieben. Viele Beobachter sind inzwischen der Meinung, daß es unter den seit Jahren agierenden Führungspersonen in MPLA und UNITA, dos Santos und Savimbi, niemals zu Frieden, allenfalls zu Feuerpausen kommen wird. Ihren Kredit in der Bevölkerung haben beide Parteien längst verspielt. Eine politische Alternative ist nicht in Sicht. „In die MPLA habe ich all mein Vertrauen verloren, vor der UNITA habe ich schreckliche Angst“, bringt ein Bischof eine weitverbreitete Stimmung auf den Punkt. Wann eine neue Generation die Ruder in die Hand nimmt und nationale Versöhnung verwirklichen wird, bleibt abzuwarten. Oliver Müller

Revolution der Trauer

Die Islamische Republik Iran vor neuen Herausforderungen

Innerhalb der islamischen Welt nimmt der Iran eine Sonderstellung ein. Überall sonst sind die Schiiten eine Minderheit, im Iran ist diese Form des Islam seit dem 16. Jahrhundert Staatsreligion. Nach dem Sturz des Schah wurde der Iran zur Islamischen Republik, in der den schiitischen Rechtsgelehrten weitgehende Kontrollbefugnisse über die staatliche Gesetzgebung zukommen. Die Islamische Revolution im Iran hat sich konsolidiert und bestimmt weiterhin das politische und kulturelle Leben. Allerdings fehlt der schiitischen Welt derzeit eine höchste Autorität in Rechts- und Religionsfragen.

Es ist etwas stiller geworden um den Iran. Die gegenwärtige Lage der Islamischen Republik scheint nicht mehr der Aufmerksamkeit wert, deren sich das Land in früheren Jahren sicher sein konnte. Dabei ist die politische, religiöse und wirtschaftliche Situation in diesem „Gottesstaat“ unter den verschiedensten Aspekten zur Zeit außerordentlich interes-

sant. Seit der ersten Hälfte 1993 ist wieder eine gewisse Öffnung des Landes auch gegenüber dem Westen zu beobachten: Europäische Studenten erhalten die Möglichkeit, an Sprachkursen der Teheraner Universität teilzunehmen, in vorsichtigen Größen werden westliche Touristen ins Land gelassen und die Ausfuhr von Büchern aus persischer Pro-

duktion ist erheblich erleichtert worden. All das mag auf den ersten Blick als Marginalie angesehen werden. Es zeigt aber, daß sich die herrschende Klasse im Iran so sicher fühlt und die politische und kulturelle Situation als so gefestigt einschätzt, daß sie eine Lockerung der rigiden Verhältnisse in vielen Bereichen gestatten kann.

Dieser kaum beachtete Vorgang ist eine Konsequenz aus der kulturellen Revolution, die sich nach der Übernahme der politischen Macht durch die „Mullahkratie“ Ende der 70er Jahre abspielte. Der Erfolg der Islamischen Revolution des Ayatollah Khomeini und seiner Anhänger hatte im Westen großes Erstaunen hervorgerufen. Den Iran des Schahs hatte man als Schwellenland, als regionale Ordnungsmacht, ja als aufsteigende Großmacht von globaler Bedeutung betrachtet, europäische und amerikanische Beobachter sahen das Land als einen Teil des Westens. Die Islamische Revolution wurde im Westen dann allgemein als Rückfall in Obskurantismus und Fanatismus interpretiert. Derartige Einschätzungen waren objektiv nicht sehr hilfreich und halfen beim Verständnis und der Analyse der Vorgänge im Iran nur sehr wenig. Hinter ihnen stand eine evolutionistische Vorstellung, die den Westen als Spitze der zivilisatorischen Entwicklung sieht, nach der sich alle anderen Kulturen zu richten hätten. Die strikte Ablehnung, auf die die iranische Revolution in allen politischen Lagern des Westens stieß, beruht wohl auf diesem euro-amerikanischen Ethnozentrismus. Dabei vermochte die Islamische Revolution ein beträchtliches emanzipatorisches Moment im wirtschaftlichen, sozialen, ja auch im religiösen Kontext in Gang zu setzen, dessen Konsequenzen bis heute noch nicht abzuschätzen sind.

Der Gehorsam gegenüber den Imamen ist Pflicht

Die auch heute noch vorhandene Kraft der Islamischen Revolution beruht auf ihrem *religiösen Moment*, das von hoher Emotionalität und einer stetigen Heilserwartung gekennzeichnet ist. Ausgangspunkt der Revolution ist nach dem iranischen Selbstverständnis das Jahr 632, als der Prophet Muhammad überraschend starb und die Frage seiner Nachfolge in der Führung der jungen Gemeinde der Muslime nicht im voraus geklärt war. Man hat die darauf folgende Auseinandersetzung als den Konflikt zwischen einem demokratischen und einem dynastischen Herrschaftssystem beschrieben. Durchsetzen konnte sich Abu Bakr als erster Khalif, der die Mehrheit der Gemeinde hinter sich brachte. Der Neffe und Schwiegersohn des Propheten, Ali ibn Abi Talib, unterlag. Seine Partei (arab. Schia) akzeptierte diese Situation nicht. Bei ihr entwickelte sich die Vorstellung, daß nur jemand aus dem „Haus des Propheten“ an der Spitze der muslimischen Gemeinde stehen dürfe. Da nach islamischer Vorstellung der Islam Religion und staatliche Macht zugleich ist, war damit jede religiöse und politische Macht, die nicht aus der Nachkommenschaft des Propheten gestellt wurde, illegitim. Die Führung der islamischen Gemeinde konnte nur von ei-

nem „Imam“ ausgehen, der seine Abkunft auf den Propheten Muhammad zurückführen konnte.

In der Religionsgeschichte der heute dominierenden Zwölfer-Schia hat es beginnend mit Muhammad selbst zwölf solcher Imame gegeben. Von ihnen waren aber lediglich zwei, Muhammad und Ali, in der Lage, selbst die Gemeinde der Gläubigen zu führen. Dabei war die Herrschaft Alis von Anfang an umstritten. Die enge Verknüpfung von religiösen und politischen Aspekten machte auch eine religiöse Begründung für die Bedeutung der Imame notwendig. Die Schiiten glauben, daß die Imame über ein besonderes Wissen verfügen, das ihnen die Fähigkeit verschafft, den Koran auf die Weise auszulegen, die am ehesten Gottes Willen entspricht. Ihre Anweisungen zur Lebensführung sind daher für deren Anhänger von eminenter Bedeutung. Das islamische Dogma, daß es keinen Gott außer Gott gebe und Muhammad der Gesandte Gottes sei, wird auf diese Weise um die Pflicht zum *Gehorsam gegenüber den Imamen* erweitert.

Als die Kette der Imame mit Muhammad al-Mahdi im Jahre 874 abbrach, nahmen die Schiiten diesen Vorgang nicht zur Kenntnis, sondern richteten sich auf die Wiederkehr des Mahdi als Messias ein. Sie nahmen an, daß er sich in der Verborgenheit (arab. Ghayba) befinde. Die direkte Führung der Gläubigen im politischen, vor allem aber religiösen Bereich geschah zunächst durch Vermittler, später dann nach einer komplizierten Entwicklung bis in die Gegenwart hinein durch die *schiiatischen Rechtsgelehrten*. Die Erwartung der Wiederkehr des Mahdi ist unter Schiiten bis heute sehr lebendig geblieben. Sie hoffen, daß bei seiner Rückkehr die grundlegende historische Ungerechtigkeit, daß die Familie des Propheten von der Herrschaft über die Muslime ausgeschlossen ist, beendet wird. Zugleich wird der Mahdi ein Reich der Gerechtigkeit und des Friedens errichten, das tausend Jahre dauern wird, danach wird dann das Jüngste Gericht eintreten. Zeichen dafür, daß das Kommen des Mahdi nahe ist, sind nach schiitischem Verständnis zahlreich. Dazu gehört neben Unwettern, Mißernten und Erdbeben auch, daß die Ungerechtigkeit immer größer wird, daß die Bösen über die Guten herrschen, daß Religionsgelehrte den Islam verraten und verfälschen. Je bedrückender der Zustand der Welt für die Schiiten ist, um so größer ist die Hoffnung, daß das Kommen des Messias bevorsteht. Wie lebendig diese Heilserwartung ist, zeigt die Tatsache, daß die *iranische Verfassung* ausdrücklich feststellt, daß sie nur so lange gültig ist, bis der „Herr der Zeiten“, der Mahdi, erscheint.

Die Führung der schiitischen Gemeinschaft mußte auch während der Zeit der Verborgenheit des Mahdi sichergestellt sein. In einem langwierigen Prozeß, der bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts andauerte, entwickelte sich die Doktrin, daß die *Religionsgelehrten in Vertretung des Imams* die Gläubigen leiten. Dabei entwickelte sich die folgende Praxis. Jeder Muslim muß sich bei allen seinen Taten darüber klar sein, wie sie vor Gott bestehen können. Fällt ihm die Beurteilung schwer, kann er sich an einen Rechtsgutachter (Muf-ti) um Rat wenden. Für einen sunnitischen Muslim ist dessen Rechtsgutachten (Fatwa) nicht unbedingt verbindlich. Falls

er mit dem Ergebnis nicht einverstanden ist, kann er sich an einen weiteren Gutachter wenden. Für einen schiitischen Muslim ist das Rechtsgutachten jedoch unbedingt verbindlich, er muß sich auch bei allen späteren Entscheidungen des Gelehrten an dessen Weisungen halten. Das gilt auch dann, wenn der einzelne Gläubige in einem derartigen Fall gar nicht um eine entsprechende Regelung gebeten hat.

Da aber jeder schiitische Rechtsgelehrte in seinem Leben in einem entsprechenden Abhängigkeitsverhältnis gestanden hat, das weiter Bestand hat, ist eine Hierarchie von religiösen Funktionsträgern entstanden, für die der Begriff „Klerus“ nicht unangemessen ist. An der Spitze dieser Hierarchie steht der *Mardja' al-Taqlid* (Quelle der Nachahmung) als die Person, deren religiös-rechtlichen Entscheidungen alle Schiiten folgen müssen. Allerdings gibt es keine Institution, die einen Gelehrten in diese Position bringt. Versuche von schiitischen Reformern, in den 60er Jahren eine Art von Konklave zu institutionalisieren, blieben erfolglos. Der *Mardja' al-Taqlid* stellt sich im Verlauf eines sehr amorphen, längere Zeit andauernden Prozesses heraus. Seit dem Tod des letzten *Mardja' al-Taqlid*, *al-Kho'i*, im Jahr 1991 ist bisher noch keine neue Autorität innerhalb der Schia festzustellen.

Kontrolle der Gesetzgebung unter religionsrechtlichen Aspekten

Die Tatsache, daß viele der Imame eines gewaltsamen Todes starben, hat eine besondere *Märtyrerverehrung* im schiitischen Islam entstehen lassen, die sich vor allem auf den Tod des Prophetenknells Husain konzentriert. Dieser war im Jahr 680 bei Kerbela im heutigen Irak beim Kampf mit seinen politischen Gegnern gefallen. Dieser Tod wurde in der schiitischen Tradition zu einem Opfer, mit dem Husain sich für die Sünden der Menschheit hingegeben hatte. Zu den wichtigsten Ritualen der Schiiten gehören noch heute *Passionsspiele* und Umzüge, bei denen die Ereignisse von Kerbela szenisch dargestellt werden und Flagellanten sich geißeln und teilweise schwere Wunden beibringen. Märtyrer sind jedoch nicht nur die Imame, sondern alle, die um der Imame willen getötet werden. So wird das Martyrium zu einem zentralen Motiv der schiitischen Glaubensvorstellungen. Vor diesem Hintergrund sind etwa die Selbstmordkommandos und die todesverachtenden Angriffe iranischer Kämpfer während des iranisch-irakischen Krieges zu verstehen. Blut wird zu einem wichtigen Aspekt dieser religiösen Praxis, wie sich am Blutbrunnen auf dem Teheraner Märtyrerdorf dokumentieren läßt.

Lange Zeit rekrutierte die Schia ihre Anhänger aus den Angehörigen ethnischer Minderheiten, sozialer Unterschichten und anderer marginalisierter Gesellschaftsgruppen. Erst im Jahr 1501 wurde diese islamische Sonderform unter der Dynastie der Safawiden *Staatsreligion* im Iran. Für die schiitische Staats- und Herrschaftstheorie entstand damit allerdings eine komplizierte Situation: Die Frage nach der *Legiti-*

mität von Herrschaft mußte nun neu beantwortet werden. Die Ablehnung jeglicher Herrschaft, die nicht von der Familie des Propheten ausging, hatte zunächst zu einer quietistischen Haltung geführt. Dieser Quietismus war jedoch im Verlauf der islamischen Geschichte hin und wieder in einen gegen die herrschenden Verhältnisse gerichteten Aktionismus umgeschlagen. Beides verbot sich angesichts der Tatsache, daß das Herrscherhaus des Iran der Schia nun eine Heimstatt bot. Die Illegitimität von Herrschaft, auch der Safawiden und der ihnen nachfolgenden iranischen Dynastien, blieb jedoch weiter bestehen, die schiitische Theologie konnte diese Herrschaft lediglich dulden. Die Rechtsgelehrten mußten nach ihrem Selbstverständnis immer dann in den politischen Prozeß eingreifen, wenn die Gefahr bestand, daß der Iran seine Identität als Heimstatt der Schia verlieren könnte.

Wenn die Krise durch die Einflußnahme der Gelehrten bewältigt war, zogen sie sich wieder auf ihre Position der distanzierten Beobachtung zurück. Historische Beispiele dafür sind die Verfassungskrise von 1909 oder die Auseinandersetzungen um die nationalistische Politik des damaligen Ministerpräsidenten Mossadeq in den 50er Jahren. Erst das Werk des Rechtsgelehrten Rukhollah Khomeini mit dem Titel „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (Arab./Pers. „*Velayet-i Faqih*“) legte die Grundlage für eine ständige, direkte Involvierung der Rechtsgelehrten in das politische Tagesgeschäft. Diese Position war und ist nicht unumstritten, da immer wieder auf die Gefahren für die Autorität der Rechtsgelehrten hingewiesen wurde, wenn sie Sachentscheidungen treffen mußten, die sich später als falsch herausstellten. An dieser kritischen Position hielten einige der bedeutendsten Rechtsgelehrten der Schia auch nach dem Erfolg der Islamischen Revolution im Iran fest.

Ein Moment der religiös-politischen Entwicklung im Iran der 80er Jahre, das in seinen Konsequenzen bisher nicht abzuschätzen ist, stellt eine Kulturrevolution dar, auf die von westlichen Beobachtern kaum aufmerksam gemacht wurde. Hier ist nicht die obligatorische Wiedereinführung des Schleiers oder ähnliches gemeint. Ein viel tiefgreifenderer Vorgang ist die Tatsache, daß die Lehrinhalte an den Ausbildungsstätten schiitischer Theologen und Rechtsgelehrten beträchtliche Erweiterungen erfahren haben. In der Schah-Zeit war das Lehrangebot in den bedeutenden Stätten schiitischer Gelehrsamkeit im Iran, die allesamt von staatlichen Mitteln unabhängig waren, auf rein islamische Themen beschränkt. Die Studenten widmeten sich dem Koran und den Traditionen und legten sie auf eine scholastische Weise aus. Sie lernten mit Hilfe der verschiedenen Rechtsquellen und -methoden Rechtsgutachten zu erstellen, wurden auch in die islamische Mystik eingeführt und erhielten Grundkenntnisse in einigen Naturwissenschaften. Alles in allem handelte es sich um einen traditionellen Wissensstoff, der ungeheuer umfangreich war. Daher dauerte ein Studium oft mehr als 20 Jahre. Moderne Sprachen und Wissenschaften wie Soziologie, Politologie oder Psychologie durften schon wegen der entsprechenden staatlichen Vorschriften nicht gelehrt werden.

Daran, daß das so erworbene Wissen mit dem Alltag der Menschen im Iran nur wenig zu tun habe, war immer wieder Kritik geübt worden. Einer der bekanntesten und einflußreichsten Kritiker an dieser Situation war *Ali Schariati*, der nach einer traditionellen Ausbildung im Paris der 60er Jahre Soziologie studiert hatte und dort mit den verschiedenen Dritte-Welt-Theorien und deren Vertretern bekannt geworden war. So stand er *Frantz Fanon*, dem Autor von „Die Verdammten der Erde“, nahe. Nach seiner Rückkehr in den Iran wurde er eine Zeitlang inhaftiert und begann dann mit einer privaten Lehrtätigkeit, da ihm der Weg an eine staatliche Hochschule versperrt war. Schariati hielt Vorlesungen in einer Moschee in Teheran, die vor allem von jungen Menschen besucht wurde. In diesen Vorlesungen übte er offene Kritik am Schahregime. Vor allem aber setzte er sich mit der traditionellen Form der schiitischen Gelehrsamkeit kritisch auseinander.

Zum ersten Mal wurde hier eine neue und den aktuellen Verhältnissen angemessene Form der Interpretation der autoritativen Texte des Islams versucht und die traditionellen Herangehensweisen aus einer schiitischen Sicht verspottet. Ziel von Schariati war es, die heiligen Texte und Riten so zu vermitteln, daß sie den jungen Menschen verständlich und in ihrer Bedeutung für ihr tägliches Leben klar wurden. Da er sich in Opposition zum herrschenden Schahregime befand, hielten sich die angegriffenen schiitischen Autoritäten mit ihrer Kritik zurück, so daß Schariati immer größere Gruppen von Zuhörern ansprechen konnte. Seine Vorlesungen wurden auf Kassetten mitgeschnitten und im ganzen Land verteilt. Im Jahr 1977 wurde er gezwungen, den Iran zu verlassen und nach London ins Exil zu gehen, wo er im gleichen Jahr unter ungeklärten Umständen starb. Sein Tod wurde von seinen Anhängern in schiitischer Tradition als Märtyrertod angesehen.

Dadurch war seine Kritik an dem traditionellen schiitischen Klerus noch weniger angreifbar geworden. Ali Schariati hatte mit seinen Vorträgen den Erfolg der Islamischen Revolution mit vorbereitet, weil es ihm gelang, junge Menschen wieder für den Islam zu begeistern. Zum Kreis seiner Zuhörer hatten auch Personen gehört, die nach dem Erfolg der Revolution in einflußreiche Positionen gelangten. Diese waren nun in der Lage, einiges von dem, was Schariati an Kritik vorgetragen hatte, in der Praxis der Theologenausbildung umzusetzen. So wurden nun den Theologiestudenten die neuesten Erkenntnisse aus dem modernen westlichen Wissenschaftskanon vermittelt. Begründet werden konnte diese Erweiterung des Themenspektrums auch damit, daß die Theologen in die Lage versetzt werden mußten, im politischen Alltagsgeschäft über ein gewisses Maß an Kenntnissen moderner Themen zu verfügen. Andernfalls wären sie dem überlegenen Expertenwissen von Mitarbeitern ausgesetzt, das sie nicht mehr kontrollieren könnten. Eine Kontrolle der Gesetzgebungspraxis unter religionsrechtlichen Aspekten sieht der schiitische Klerus jedoch als eine seiner wichtigsten Aufgaben an. Zu diesem Zweck existiert als höchstes Gre-

mium der Islamischen Republik Iran ein sogenannter *Wächterrat*, der jedes Gesetz und jede Verordnung von Parlament und Regierung auf ihre Vereinbarkeit mit den Vorschriften des islamischen Rechts überprüft. Daß Gesetze vom Wächterrat abgelehnt werden, ist im Verlauf der letzten Jahre immer wieder vorgekommen.

Zwei Aspekte des Denkens von Ali Schariati sind in ihrer Wirksamkeit besonders hervorzuheben: An erster Stelle steht wohl seine Erkenntnis, daß der Iran nicht nur Teil der islamischen Welt ist, sondern auch zur Dritten Welt gehört. Diese Einschätzung der Rolle Irans wird heute von der überwiegenden Mehrheit der politischen Kräfte des Landes geteilt. Der Westen wird als die Zivilisation erfahren, die auf Kosten der ärmeren Länder lebt. Viel entscheidender für zahlreiche schiitische Religionsgelehrte und Intellektuelle ist jedoch ihre Überzeugung, daß in einer globalen, westlich bestimmten Einheitszivilisation die spezifische kulturelle Identität der verschiedenen Länder der Dritten Welt unterzugehen droht. Besonders groß empfinden sie diese Bedrohung im Iran. Daher rühren die zahlreichen Empfindlichkeiten gegenüber westlicher Mode, amerikanischen Filmen und jeder Form von Pop-Musik. Auf der anderen Seite sind sich die herrschenden Eliten natürlich der Tatsache bewußt, daß eine Entwicklung des Irans zum Vorteil der eigenen Bevölkerung nur möglich ist, wenn die Zusammenarbeit mit dem Westen als der technologisch weit überlegenen Zivilisation fortgeführt wird. Sie wissen, daß die Einführung neuer Technologien auch Auswirkungen auf gesellschaftliche Strukturen und damit im Endeffekt auf die nationale Identität haben kann.

Im Weltislam sind die Schiiten eine Minderheit

Daß eine Lösung dieses Dilemmas ein außerordentlich schwieriges Unterfangen ist, wird in Diskussionen mit Iranern immer wieder bestätigt. Dennoch sehen sie den Islam als eine Lebensform an, die gerade in der Dritten Welt mehr Gerechtigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit bewirken könnte. Westliche Marktmechanismen werden trotz aller positiven Einstellung des Islams gegenüber dem Privatbesitz als eine der Ursachen für die Unterentwicklung der Dritten Welt angesehen. *Werbung* ist eines der Kennzeichen für die Unmoral dieser Mechanismen, weil in Menschen Bedürfnisse geweckt werden, die diese gar nicht hätten. Das islamische Zinsverbot wird als Allheilmittel gegen die Schuldenkrise vieler Staaten angepriesen.

Der Slogan: „Weder West noch Ost“, der zu Beginn der Islamischen Revolution in Teheran in aller Munde war, hatte auch einen über den Iran hinausgehenden Aspekt. Zwar hatte Revolutionsführer Khomeini schon bald von der Vorstellung von einem Export der Islamischen Revolution Abstand genommen. Doch die Überzeugung, daß die Errungenschaften der Revolution von Bedeutung für die Dritte Welt sein können, sind damit noch nicht tot. Diese Haltung ist seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Entstehung neuer Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft des Iran noch

deutlich stärker geworden. Dabei spielt natürlich die Vorstellung von einer islamischen Solidarität mit den sprachlich oder ethnisch teilweise verwandten islamischen Völkern Zentralasiens eine wichtige Rolle. Allerdings ist eine Mehrheit dieser Staaten eher vom sunnitischen als vom schiitischen Islam geprägt. Dadurch ist der Einfluß des Irans auf diese Länder geringer als beispielsweise der der Türkei.

Gerade im Rahmen der Politik gegenüber den Nachbarstaaten wird jedoch auch wieder deutlich, daß eines der grundsätzlichen Probleme der schiitischen Glaubensgemeinschaft ihre *Minderheitenexistenz innerhalb des Weltislams* darstellt. Schiiten machen lediglich 8–10 Prozent der gesamten Weltmuslimbevölkerung aus. In allen islamischen Staaten, vom Iran abgesehen, bilden sie eine religiöse Minderheit oder werden doch wie eine solche behandelt. Häufig bestehen die untersten Schichten islamischer Gesellschaften aus Schiiten. Die Vorurteile der Sunniten gegenüber den Schiiten reichen von der als typisch schiitisch angesehenen Unzuverlässigkeit und Unehrllichkeit über sittliche Verkommenheit bis hin zur Feststellung, daß Schiiten gar keine Muslime seien. Diese sunnitischen Einschätzungen finden sich besonders häufig in Staaten mit einer größeren schiitischen Bevölkerungsgruppe.

Die Tatsache, daß der Iran im Konzert der islamischen Nationen immer eine Sonderrolle gespielt hat, bewog eine Reihe von sunnitischen wie schiitischen Religionsgelehrten, nach Wegen für eine Annäherung zwischen den beiden wichtigsten Konfessionen des Islams zu suchen. Solche Versuche wurden vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unternommen, wobei die Entstehung des Staates Israel eine gewisse Rolle spielte. Für viele Sunniten wie Schiiten bedeutete diese politische Entwicklung einen weiteren Beleg für die Schwäche der islamischen Welt. Ihre Zersplitterung in zwei große Konfessionen wurde als eine der Ursachen für diese Schwäche angesehen. Während das Schahregime sich um eine Zusammenarbeit mit dem zionistischen Staat bemühte, stellte sich der schiitische Klerus auf die arabische

Seite und machte aus seiner anti-israelischen Haltung kein Hehl.

Indem aber der iranische Revolutionsführer Khomeini seine Vorstellungen von einem islamischen Staat für allgemein verbindlich erklärte, griff er die in Fragen der islamischen Staatstheorie moderaten Positionen von sunnitischen Autoritäten an, die nun an einer Zusammenarbeit nicht weiter interessiert sein konnten. So erklärte schon im Jahr 1982 der damalige Rektor der Azhar-Universität in Kairo, einer der wichtigsten sunnitischen Hochschulen, daß von ihm keine Initiative zur Aufnahme eines Dialogs mit Vertretern des schiitischen Islams ausgehen werde. Inzwischen hat bekanntlich eine Annäherung vieler arabischer Staaten und politischer Vertreter des palästinensischen Volkes an den Staat Israel stattgefunden. Damit ist neben dem ohnehin nur gering entwickelten theologischen Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen den beiden islamischen Konfessionen auch eine zuvor gegebene politische Motivation weitgehend weggefallen, die iranischen Störmanöver des nahöstlichen Friedensprozesses werden von der sunnitischen Seite als Einmischung in innere Angelegenheiten abgelehnt. Auch hier findet sich der Iran und seine schiitische Führung wieder in einer Außenseiterrolle.

Aus dieser Minderheitssituation ist vieles zu erklären, was an Überreaktionen in der iranischen Politik immer wieder bekannt wird. Hier sei nur noch einmal auf den Fall Rushdie hingewiesen. Das Hauptproblem der schiitischen Welt und damit auch des Iran aber ist die Tatsache, daß mit dem Tod des Ayatollah Kho'i eine höchste Autorität in allen Rechts- und Religionsfragen fehlt. Die Nachfolgekämpfe unter den Rechtsgelehrten sind im vollen Gange. Es werden allerdings noch etliche Jahre vergehen, bis sich wieder eine Persönlichkeit herausstellt, die über die Autorität verfügt, die einem Mardja' al-Taqlid eignet. Bis dahin muß weiter mit einem hohen Maß an politischer wie religiöser Unsicherheit im Iran gerechnet werden.

Peter Heine

Kurzinformationen

Das kirchliche Leben im Spiegel der neuesten EKD-Statistik

Ende November 1993 hat das Statistikerferat der EKD die Zahlen über Äußerungen des kirchlichen Lebens in den EKD-Gliedkirchen in den Jahren 1990 und 1991 vorgelegt. Für 1991 enthält die Statistik auch Angaben über die östlichen Gliedkirchen, die zum

Teil allerdings noch auf Schätzungen beruhen. Der Anteil der evangelischen Kirchenmitglieder an der deutschen Bevölkerung belief sich am 31. Dezember 1991 auf 36,4 Prozent, in den westdeutschen Gliedkirchen für sich genommen auf 38,9 Prozent (zum Vergleich: 1970 waren es 47 und 1980 dann 42,3 Prozent). Knapp 321 000 Personen traten 1991 aus den Gliedkirchen der EKD aus, davon entfielen 237 000 Aus-

tritte auf die westlichen und 82 000 auf die östlichen Gliedkirchen. Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen wurden 1991 in den westlichen Gliedkirchen 43 665, in den östlichen 23 980 registriert. In den westdeutschen Gliedkirchen wurden 1991 insgesamt 282 977 Taufen gespendet, davon 15 173 Erwachsenentaufen (Personen über vierzehn Jahre). In den östlichen Gliedkirchen waren es 31 424 Kinder-